

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

dass die Klimaveränderung auch Gelsenkirchen erreicht hat, leugnet hier wohl keiner mehr.

Die letzten heißen Sommer, die zunehmenden Stürme und Starkregenereignisse sprechen eine mehr als deutliche Sprache.

Lassen sie uns durch die Ausrufung des Klimanotstandes ein deutliches Zeichen setzen, dass die bisherige Klimapolitik weiterentwickelt und massiv ausgebaut werden muss. Schon der Begriff Klimawandel entstammt einem konservativen Think Tank und diene einzig und allein der Verharmlosung dessen, was man Klimakollaps nennen müsste.

Nach Meinung der übergroßen Mehrzahl der Klimaforscher haben wir noch ein Zeitfenster von ca. 10-15 Jahren, in dem wir dafür sorgen können, dass die Erderwärmung auf ca. 1.5 Grad begrenzt bleibt. Sollten in diesem Zeitraum keine entscheidenden Schritte Richtung Dekarbonisierung unternommen werden, setzen sich Prozesse fort und beschleunigen sich, die irreversibel sind. Luftströmungen, die das gesamte Weltklima beeinflussen, werden sich verändern und damit eine Spirale in Gang setzen, die nicht mehr zu stoppen sein wird.

Wir erkennen an, dass die Eindämmung des Klimakollapses in der städtischen Politik durchaus als wichtige Aufgabe erkannt worden ist, man würde sich jedoch zuweilen mehr Mut bei der Umsetzung bestimmter Aufgaben wünschen und weniger Rücksichtnahme auf die Wünsche von einflussreichen Playern. Bei allen Entscheidungen sollte der Klimakollaps grundsätzlich als Faktum einbezogen werden und dies scheint uns noch nicht in ausreichendem Maße gegeben, sonst wären

Entscheidungen wie die zum Waldbogenquartier womöglich nicht gefallen.

Wir sollten regelmäßig von der Verwaltung, wenigstens einmal im Jahr, über die Auswirkungen und Folgen der CO<sup>2</sup>-Emissionen sowie Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen informiert werden. Weiter sollten wir die Verwaltung beauftragen, das Klimaschutzkonzept unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Ergebnisse anzupassen.

Wir sollten gemeinsam bis zum nächsten Umweltausschuss eine neue Resolution erarbeiten, die alle relevanten Punkte berücksichtigt und die die wichtigsten Erkenntnisse der Klimaforscher in den Resolutionstext einbezieht

DIE LINKE. ist dazu bereit.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Martin Gatzemeier  
(Fraktionsvorsitzender)

Gelsenkirchen, 23.05.2019

Es gilt das gesprochene Wort.